



Dringend nötig: Städte müssen bei Flächennutzung zur Bewältigung des Strukturwandel gestärkt werden

Eines der größten Probleme der besonders vom Strukturwandel und dem Braunkohletagebau betroffenen Städte ist die Möglichkeit Flächen zur Industrie- und Gewerbeansiedlung, aber auch für Wohngebiete, in angemessenem Umfang auszuweisen. Dabei sind Städte wie Elsdorf besonders betroffen, da ihnen der laufende Tagebaubetrieb bereits viel Flächenpotential genommen hat. Damit das vorhandene Potential der Städte zur Bewältigung des



Strukturwandels greifen kann, müssen diese ausreichende Möglichkeiten zur weiteren Entwicklung bekommen.

Deshalb hat die SPD-Landtagsfraktion einen umfangreichen Antrag eingebracht, der die Position der Städte deutlich stärkt und ihnen so die Möglichkeit gibt den Strukturwandel vor Ort zu gestalten und Arbeitsplätze neu zu schaffen. Der Antrag wird im kommenden Plenum behandelt.

Stellung der Kommunen stärken

Die vorgeschlagenen Maßnahmen beinhalten unter anderem auf der rechtlichen Seite:

- dass die durch den Tagebaubetrieb blockierten Flächen den

Kommunen als Bonus angerechnet werden bei zukünftigen Ausweisungen

- dass im Landesentwicklungsplan die Rechtsstellung des Reviers durch eine eindeutige Definition gestärkt wird
- und dabei anerkannt wird, dass die betroffenen Kommunen eine Sonderstellung zur Bewältigung des Strukturwandels bekommen

Konkrete Maßnahmen

Neben zahlreichen notwendigen rechtlichen Stärkungen schlagen wir aber auch konkrete Maßnahmen vor. So soll z.B. mittels sog. Vorrangplänen, die jahrelange Regionalplanverfahren umgehen, etwa das interkommunale Industriegebiet :terra nova in großem Umfang erweitert werden. Davon würden Bergheim, Bedburg und Elsdorf direkt profitieren.

Bericht aus dem Innenausschuss

Der Innenausschuss befasste sich diese Woche in insgesamt sechs Tagesordnungspunkten mit der Konfliktlage Hambacher Forst. Dabei standen die Neubauten von Baumhäusern, die Hausbesetzungen in Mannheim, die Angriffe von Autos und Bussen von Beschäftigten und Zulieferern von RWE, die Räumung der Baumhäuser, die Fehlinformationen von Minister Reul und die Proteste am Wohnhaus von Frau Grothus in Buir im Mittelpunkt.

Dazu habe ich einen ausführlichen Bericht [auf meiner Homepage veröffentlicht](#).

Straßenbauggebühren abschaffen!

Die gefürchteten Anliegergebühren liefern immer wieder Grund für Rechtsstreit und stellen oftmals eine enorme, teilweise existenzbedrohende Belastung für Anwohner dar. Die SPD-Fraktion legte nun einen Gesetzentwurf zu ihrer Abschaffung vor.

Darin legen wir fest, dass die Kosten zukünftig vom Land mit Steuermitteln getragen werden. Damit verlieren die Kommunen kein Geld und werden auch noch von aufwändiger Verwaltungsarbeit bei der Erstellung der Gebührenbescheide entlastet.

Diesen Weg sind bereits zahlreiche Bundesländer gegangen und ich meine es ist Zeit, dass auch NRW die inzwischen überholten Gebühren abschafft. Ihre Erhebung ist kompliziert und die Belastungen für die Bürger oft kaum tragbar. Dazu kommt, dass die Kommunen bei der Erhebung einen großen Spielraum haben. Das führt dazu, dass die Belastungen der Bürger je nach Wohnort für ähnliche Maßnahmen völlig unterschiedlich sein können.

Diese unangenehmen Überraschungen sollten wir den Bürgern ersparen und die Gebühren abschaffen.

Herzlichst Ihr